



Niederschrift

über die 1. Sitzung
des Bau- und Verkehrsausschusses der Stadt Lippstadt
am 15.12.1999

Sitzungsraum:	Sitzungsraum E.08, Ostwall 1
Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	20:00 Uhr

Vorsitzender:		
1	Horst Schneider	Vorsitzender

Anwesend waren:		
2	Klaus Fürstenberg	CDU-Fraktion
3	Hans-Georg Greschniok	CDU-Fraktion
4	Bernhard Hollenhorst	CDU-Fraktion
5	Franz Kückmann	CDU-Fraktion
6	Friedhelm Lahme	CDU-Fraktion
7	Wilbert Luig	CDU-Fraktion
8	Siegfried Pfenninger	CDU-Fraktion
9	Michael Schulte	CDU-Fraktion
10	Werner Timmermann	CDU-Fraktion
11	Gudrun Beschorner	SPD-Fraktion
12	Karl-Heinz Brülle	SPD-Fraktion
13	Otto Brand	SPD-Fraktion
14	Hans-Joachim Danzebrink	SPD-Fraktion
15	Bernhard Scholl	SPD-Fraktion
16	Jakob Kuhnert	F.D.P.-Fraktion
17	Michael Bruns	Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
18	Werner Langer	BG-Fraktion
19	Hikmet Gümüs	Parteilos

Entschuldigt fehlten:		
	Peter Cosack	CDU-Fraktion

Seitens der Verwaltung:		
	Techn. Beigeordneter Dr. Hagemann	
	Erster Beigeordneter Lücke	
	Herr Manderbach	Ordnungsamt
	Herr Eckel	Ordnungsamt
	Herr Brüggelolte	Hochbauamt
	Herr Westenberger	Tiefbauamt
	Herr Schwartze	Tiefbauamt
	Herr Bökenkötter	Tiefbauamt
	Herr Kuhn	Tiefbauamt
	Herr Knieps	Grünflächenamt

Seitens der Verwaltung:

Herr Beste
Herr Sommer

Bauverwaltungsamt
Bauverwaltungsamt

Ferner nahmen teil:

OV Kayser – zu Pkt. 18
OV Stuckenschneider – tlw. zu Pkt. 18

In öffentlicher Sitzung

1. Einführung und Verpflichtung der zu Ausschussmitgliedern bestellten sachkundigen Bürger

Herr Schneider verpflichtete als sachkundige Bürger die Herren Volker Dieckmann, Hans-Georg Greschniok, Franz Kückmann, Heinrich Löwe, Wolfgang Schallert, Michael Schulte, Hans-Joachim Danzebrink, Ulrich Fischer, Meinolf Luhmann, Bernhard Scholl, Willi Wieseler, Jakob Kuhnert, Michael Bruns, Werner Lange und Hikmet Gümus.

**2. Bestellung eines Schriftführers und eines stellvertretenden Schriftführers
Vorlage Nr. 74/1999**

Der Ausschuss beschloss:

"Zum Schriftführer des Bau- und Verkehrsausschusses wird Herr Sommer und zu seinem Vertreter Herr Kleineheilmann bestellt."

(Einstimmig zugestimmt)

**3. Fragestunde für Einwohner
Vorlage Nr. 75/1999**

Es wurden keine Fragen gestellt.

**4. Sitzungstermine des Bau- und Verkehrsausschusses im Jahr 2000
Vorlage Nr. 121/1999**

Der Ausschuss nahm die für das Jahr 2000 vorgesehenen Sitzungstermine zustimmend zur Kenntnis.

**5. Benennung von Mitgliedern für die Bau- und Grünflächenkommission
Vorlage Nr. 128/1999**

Nach kurzer Beratung fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

"1. Als Mitglieder der Bau- und Grünflächenkommission werden benannt:

Herr Friedhelm Lahme (CDU)
Herr Karl-Heinz Brülle (SPD)
Herr Jakob Kuhnert (F.D.P.)
Frau Ursula Jasperneite-Bröckelmann (Bündnis 90/Die Grünen)

Als beratende Mitglieder der Bau- und Grünflächenkommission werden benannt:

Herr Gerhard Sieberts (BG)
Herr Horst Schneider als Vorsitzender

2. Einstimmig gefasste Beschlüsse der Bau- und Grünflächenkommission gelten durch den Bau- und Verkehrsausschuss als genehmigt (Fiktion).
Angelegenheiten, in denen nicht einstimmig beschlossen wird, sind dem Bau- und Verkehrsausschuss zur Entscheidung vorzulegen."

(Einstimmig zugestimmt)

**6. Benennung von Mitgliedern für die Verkehrskommission
Vorlage Nr. 129/1999**

Der Ausschuss beschloss:

"Als Mitglieder der Verkehrskommission werden benannt:

Herr Siegfried Pfenninger (CDU)
Herr Wolfgang Schulte Steinberg (SPD)
Herr Eberhard Ruess (F.D.P.)
Frau Ursula Jasperneite-Bröckelmann (Bündnis 90/Die Grünen)

Als beratende Mitglieder der Verkehrskommission werden benannt:

Herr Gerhard Sieberts (BG)
Herr Horst Schneider (Vorsitzender)

(Einstimmig zugestimmt)

**7. Bestellung von Beauftragten für den Außendienst (Landschaftswarte)
Vorlage Nr. 108/1999**

Der Ausschuss nahm die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

**8. Herabsetzung der Parkgebühren;
hier: Anträge der Bürgergemeinschaft sowie der FDP-Fraktion vom 14.11.1999
Vorlage Nr. 81/1999**

Herr Lücke nahm zu den Anträgen der BG und F.D.P. Stellung und berichtete über die Gespräche mit den Vertretern des Einzelhandels. Die durch die Erhöhung der Parkgebühren kalkulierten Mehreinnahmen seien tatsächlich nicht erzielt worden. Auch würden die Erstattungsmöglichkeiten von den Bürgern nicht besonders in Anspruch genommen. Eine Herabsetzung der Parkgebühren bzw. ein kostenfreies Kurzparken ohne eine Beteiligung des Einzelhandels würde für die Stadt erhebliche Einnahmeverluste bedeuten.

Herr Brülle erklärte, dass die Gespräche mit dem Einzelhandel über die Höhe und Struktur der Parkgebühren zunächst fortgeführt werden sollten. Eine Reduzierung der Parkgebühren solle nur dann erfolgen, wenn die Kaufmannschaft dazu bereit sei, die voraussichtlichen Mindereinnahmen zumindest teilweise auszugleichen.

Herr Kuhnert wies darauf hin, dass die 1993 eingeführte Erstattungsmöglichkeit durch den Fachhandel zu keinem Erfolg geführt hatte. Ein kostenfreies Parken bis zu einer halben Stunde sei als Service für Besucher der Innenstadt notwendig, um den rückläufigen Kundenzahlen entgegenzuwirken.

Herr Langer sprach sich für seine Fraktion dafür aus, die Gebühren von 1,50 DM wieder auf 1,00 DM pro Stunde herabzusetzen, da der Haushalt wieder ausgeglichen sei. Ein kostenfreies Parken führe zu nicht vertretbaren Einnahmeverlusten.

Herr Timmermann erklärte, dass die Gespräche mit den Kaufleuten sehr wichtig seien und zunächst ein Gesamtkonzept für die Parkraumbewirtschaftung erarbeitet werden müsse.

Herr Bruns begrüßte das Vorgehen der Verwaltung und bat, bei den anstehenden Gesprächen mit den Vertretern des Einzelhandels möglichst viele Alternativen für die Parkraumbewirtschaftung zu untersuchen.

Nach Abschluss der Diskussion fasste der Ausschuss die folgenden Beschlüsse:

"1. Der Antrag der F.D.P.-Fraktion, das Kurzparken in der Innenstadt für 30 Minuten kostenfrei zu ermöglichen, wird abgelehnt.

(1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung)

2. Der Antrag der BG-Fraktion zur Senkung der Parkgebühren von 1,50 DM auf 1,00 DM pro Stunde wird abgelehnt.

(1 Enthaltung)

3. Auf Antrag von Herrn Brülle beschloss der Ausschuss:

Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Gespräche mit dem Einzelhandel über die Struktur und Höhe der Parkgebühren zu führen und eine entsprechende Vereinbarung vorzubereiten."

(mit Mehrheit)

Der Niederschrift ist eine Übersicht über die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung in den Jahren 1994 bis 1998 beigefügt.

**9. Zukunftskonzept Bundesstraße 55
Vorlage Nr. 98/1999**

Der Ausschuss nahm die Vorlage nach kurzer Erörterung zur Kenntnis.

**10. Investitionen im Tiefbaubereich 1999
Vorlage Nr. 127/1999**

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Auf Anfrage von Herrn Kückmann erklärte Herr Westenberger, dass inzwischen das Gutachten zur Leistungsfähigkeit der Kanäle im Bereich der Süderhöhe vorliege. In einigen Bereichen seien danach Investitionen notwendig. Die Verwaltung werde in der nächsten Sitzung ausführlich über die notwendigen Maßnahmen berichten.

**11. Grünflächenmaßnahmen 98/99
Vorlage Nr. 126/1999**

Der Ausschuss nahm den Bericht des Grünflächenamtes zur Kenntnis.

**12. Hochbauprogramm 1999
Vorlage Nr. 136/1999**

Der Bericht zum Hochbauprogramm 1999 wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Lahme wies darauf hin, dass in der gemeinsamen Turnhalle des Ostendorf-Gymnasiums und der Nicolaischule Undichtigkeiten im Bodenbereich aufgetreten seien.

Herr Brüggel erklärte hierzu, dass bisher keine Fachfirma gefunden werden konnte, die die erforderlichen Abdichtungsarbeiten durchführen könne.

**13. Erlass einer Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen
Vorlage Nr. 115/1999**

Herr Beste erläuterte die Vorlage und wies darauf hin, dass die neue Satzung gegenüber der bisherigen Satzung nur redaktionelle und klarstellende Änderungen enthalte.

Der Ausschuss beschloss:

"Dem Rat wird empfohlen, die der Vorlage beigefügte Satzung der Stadt Lippstadt über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen zu beschließen."

(Einstimmig zugestimmt)

Herr Brülle bat darum, für die Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss und Rat der Anlage sowohl eine Synopse der Erschließungsbeitragssatzung als auch der Straßenbaubeitragssatzung (vgl. TOP 14) beizufügen. Dies wurde von der Verwaltung zugesichert.

**14. Satzung der Stadt Lippstadt über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenbaubeitragssatzung)
Vorlage Nr. 114/1999**

Herr Beste erläuterte die Vorlage.

Der Ausschuss beschloss:

"Dem Rat wird empfohlen, die der Vorlage beigefügte Satzung der Stadt Lippstadt über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenbaubeitragssatzung) zu beschließen."

(Einstimmig zugestimmt)

**15. Anlegung eines gemeinsamen Rad- und Fußweges entlang der Bismarckstraße, L 749, vom Delbrücker Weg in Richtung Norden
Vorlage Nr. 95/1999**

Herr Bökenkötter erläuterte ausführlich die geplanten Maßnahmen zur Anlegung eines Fuß-/Radweges auf der Ostseite der Bismarckstraße im Abschnitt vom Delbrücker Weg bis zur Anbindung an die Kasernenringstraße.

Herr Brand und Herr Danzebrink sprachen sich für einen Ausbau des Weges aus und schlugen vor, die benötigten Haushaltsmittel möglichst schnell zu beantragen.

Der Ausschuss beschloss:

"Dem Rat wird empfohlen, die Verwaltung zu ermächtigen, einen Zuschussantrag für den Ausbau des Fuß- und Radweges entlang der Bismarckstraße vom Delbrücker Weg bis zur Kasernenringstraße zu stellen."

(Einstimmig zugestimmt)

**16. Herstellung eines Rad-Fußweges mit wassergebundener Decke vom Zöllnerskamp in östlicher Richtung bis zur Sandstraße auf dem Deich
Vorlage Nr. 97/1999**

Herr Bökenkötter erläuterte die geplante Baumaßnahme.

Herr Brand schlug vor, die Baumaßnahme möglichst im Jahr 2000 durchzuführen, nachdem die Anlieger nunmehr der Anlegung des Weges auf der Deichkrone zugestimmt hätten.

Herr Dr. Hagemann schlug vor, die Bereitstellung der Haushaltsmittel für das Haushaltsjahr 2000 in den Fraktionen zu beraten.

Der Ausschuss beschloss:

"Der Herstellung eines Rad- und Fußweges mit wassergebundener Decke vom Zöllnerskamp in östlicher Richtung bis zur Sandstraße auf dem Deich wird zugestimmt."

(Einstimmig zugestimmt)

**17. Erweiterung der Straßenbeleuchtung in der Straße "Auf der Graft" in Eickelborn
Vorlage Nr. 113/1999**

Der Ausschuss nahm die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

**18. Schulweg Gieseler Altarm / Holzpatt - Errichtung einer Holzbrücke
Vorlage Nr. 120/1999**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde am Anfang der Sitzung beraten.

Herr Ortsvorsteher Kayser bemängelte, dass ihn die Verwaltung nicht zuvor über den Antrag der CDU-Ortsunion Hellinghausen informiert habe, nachdem er bereits im Frühjahr dieses Jahres an einer Begehung der Gieseler teilgenommen habe. Damals sei beschlossen worden, die Senken zu verrohren.

Herr Westenberger erklärte, dass nach Abwägung aller Varianten die Errichtung einer Holzbrücke die ökologisch beste Lösung darstelle.

Nach kurzer Diskussion, an der sich Frau Beschorner und die Herren Lahme, Brülle und Bruns beteiligten, beschloss der Ausschuss auf Antrag von Herrn Brülle:

"Der geplanten Errichtung einer Holzbrücke wird zugestimmt.
Dem Rat wird empfohlen, die Verwaltung zur Stellung eines entsprechenden Zuschussantrages zu ermächtigen.

(Einstimmig zugestimmt)

**19. Einziehung des Gausmanns Weges im Abschnitt von der WLE bis zum
Verbindungsweg Graf-Adolf-Straße/Neubaugebiet Triftweg
Vorlage Nr. 79/1999**

Nach kurzer Erörterung beschloss der Ausschuss:

"Der Gausmanns Weg im Abschnitt von der WLE-Trasse bis zum Verbindungsweg Graf-Adolf-Straße/Neubaugebiet Triftweg ist gemäß § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) einzuziehen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das nach § 7 StrWG NW erforderliche

Verfahren einzuleiten. Sollten gegen die bekanntgemachte Absicht der Einziehung keine Einwendungen erhoben werden, ist der Weg endgültig einzuziehen."

(Einstimmig zugestimmt)

20. **Umbau der vorh. Bahnübergangsicherung am BÜ Erwitter Straße / Bunsenstraße in eine Lichtzeichenanlage mit Halb- und Gehwegschranken; hier: Abschluss einer Vereinbarung gem. § 5 EKrG zwischen der Stadt Lippstadt und der WLE über den Umbau des Bahnüberganges sowie Ermächtigung der Verwaltung zur Einreichung des entsprechenden Zuschussantrages nach dem GVFG**
Vorlage Nr. 94/1999

Herr Böenkötter erläuterte die geplante Eisenbahnkreuzungsmaßnahme.

Herr Timmermann erkundigte sich, ob nicht die Anlegung einer Linksabbiegespur aus der Bunsenstraße möglich sei.

Herr Böenkötter erwiderte, dass diese Möglichkeit intensivst geprüft worden sei. Die Anlegung einer Abbiegespur in der Bunsenstraße bedeute, dass der gesamte Bereich von der Südstraße bis zur Bunsenstraße als eine Kreuzung anzusehen sei, die verkehrstechnisch kaum regelbar sei. Aus diesem Grunde sei auf die Anlegung einer Abbiegespur verzichtet worden.

Der Ausschuss beschloss:

"Dem Umbau der vorh. Lichtzeichenanlage Bunsenstraße in eine Lichtzeichenanlage mit Halb- und Gehwegschranken wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Vereinbarung gem. § 5 EKrG über den Umbau des BÜ Bunsenstraße zu unterzeichnen und den entsprechenden Zuschussantrag gem. GVFG zur Förderung der Maßnahme beim Landschaftsverband einzureichen."

(1 Enthaltung)

21. **Erweiterung der Straßenbeleuchtung in der Otto-Hahn-Straße**
Vorlage Nr. 111/1999

Herr Dr. Hagemann wies darauf hin, dass die SPD-Fraktion mit Schreiben vom 01.10.1999 einen gleichen Antrag gestellt habe.

Herr Langer sprach sich aus Gründen der Sicherheit für die vielen Fuß- und Radfahrer in der Otto-Hahn-Straße für eine kurzfristige Erweiterung der Straßenbeleuchtung aus.

Herr Dr. Hagemann schlug den Ausschussmitgliedern vor, sich in den Fraktionen für eine Aufnahme der Maßnahme in den Haushaltsplan 2000 einzusetzen.

22. Verschiedenes

a) **Pumpwerk Lipperbruch**

Herr Dr. Hagemann schlug vor, vor der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 19.01.2000 um 16.00 Uhr einen Ortstermin zur Besichtigung der neuen Pumpstation im Bereich der Kläranlage Lipperbruch durchzuführen.

Der Ausschuss stimmte dem zu.

b) **Wohnwege in der Mercklinghausstraße**

Frau Beschorner erklärte, dass einige Anlieger entgegen dem Beschluss des Bauausschusses vom 16.06.1999 nicht die Aufstellung einer Pilzleuchte, sondern einer anderen Straßenlaterne wünschten.

Nach kurzer Diskussion schlug Herr Sommer vor, zunächst ein weiteres Gespräch mit den Anliegern zu führen und dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen über das Ergebnis zu berichten.

Dem stimmte der Ausschuss zu.

Vorsitzender

Schriftführer